

22.02.2016

Neudruck

Kleine Anfrage 4492

des Abgeordneten Ralf Witzel FDP

**Fragwürdiges Finanzgebaren des staatlichen Glücksspielanbieters WestSpiel –
Wie konfliktär sind die Arbeitsbeziehungen, dass freigestellte normale Beschäftigte fünf
Jahre lang kostenfrei einen Dienstwagen mit Tankkarte für reine Privatfahrten zur Ver-
fügung gestellt und bezahlt bekommen?**

Etlchen Rückmeldungen von Beschäftigten zufolge sind die Arbeitsbeziehungen zwischen den Arbeitnehmern des Glücksspielanbieters und ihrem Arbeitgeber WestSpiel schon seit einiger Zeit höchst konfliktär. Dies lässt sich auch an einer weit überdurchschnittlich hohen Anzahl von Arbeitsrechtsstreitigkeiten ablesen. Interessanterweise verliert der Arbeitgeber WestSpiel dabei einen relevanten Anteil seiner Arbeitsgerichtsprozesse. Die Folgen dieser höchst unerfreulichen Entwicklung der letzten Jahre sind eine große Demotivation auf Seiten der Belegschaft sowie hohe Konflikt-handhabungskosten bei dem Staatsunternehmen, wenn wieder einmal ein Arbeitsgerichtsprozess verlorengeht.

In diesem Zusammenhang ist der FDP-Landtagsfraktion gegenüber aus dem Unternehmen nachfolgender Sachverhalt vorgetragen worden, der nach Beurteilung von Beobachtern im Unternehmen symptomatisch für den Umgang mit Personal und finanziellen Ressourcen sein soll. Die übermittelten Informationen sowie vorgetragenen Behauptungen werden im Folgenden ohne eigene Kommentierung wiedergegeben und rein deskriptiv dargestellt:

Nach anderen vorgelagerten Stationen im Unternehmen wird im Casino Hohensyburg ein neuer Bereichsleiter für das klassische Glücksspiel (also Poker, Black Jack, Baccara und Roulette) eingesetzt. In der Folgezeit gibt es eine vorübergehende Vakanz bei der Stelle des Direktors der Spielbank Hohensyburg. Als sodann einige Zeit später auf Veranlassung der WestSpiel-Geschäftsführung ein Beschäftigter aus der Unternehmenszentrale die Aufgabe des Spielbankdirektors in Hohensyburg wahrnimmt, der bereits früher an diesem Standort tätig gewesen ist, lehnt dieser zeitnah nach seiner Funktionsübernahme eine weitere Zusammenarbeit mit dem als dominant beschriebenen Bereichsleiter für klassisches Spiel ab. Das wechselseitige Verhältnis der beiden Akteure gilt im Hause als belastet. Die WestSpiel-Geschäftsführung suspendiert daraufhin den Bereichsleiter von seinen bisherigen Aufgaben und strebt eine Trennung von ihm an. Dieser Vorfall liegt nun schon rund fünf Jahre zurück.

Datum des Originals: 20.02.2016/Ausgegeben: 23.02.2016

Seit diesem Zeitpunkt erhält der bisherige Bereichsleiter weiterhin seine jährlichen Bezüge von rund 100.000 Euro. Interessanterweise wird dem von seinen Aufgaben entbundenen Arbeitnehmer nunmehr seit fünf Jahren weiterhin ein Dienstwagen inklusive Tankkarte zur Verfügung gestellt, obwohl dieser seit Jahren keine produktive Arbeitsleistung mehr erbringt. Der seinerzeitige Bereichsleiter bietet seine Arbeitskraft dem Unternehmen an, das diese aber seit inzwischen fünf Jahren ablehnt und den Betroffenen ohne Aufgabenzuweisung zu Hause belässt. Im Ergebnis dient die Dienstwagennutzung inklusive Spritverbrauchs, für die WestSpiel aufkommt, allein der privaten Nutzung. Die bisherigen Gerichtsverhandlungen vor dem Arbeitsgericht Dortmund und dem Landesarbeitsgericht Hamm haben für WestSpiel nicht das erhoffte Ergebnis gehabt. Im Gegenteil: Der betroffene Arbeitnehmer hat durch die Arbeitsgerichtsbarkeit ausdrücklich bestätigt bekommen, dass bei seiner Stellung nicht die Position eines sogenannten Leitenden Angestellten gegeben ist. Die Streitigkeiten dauern an, ohne dass sich bislang ein Ende der aktuellen Situation konkret absehen ließe.

Sollte der vom Fragesteller zuvor wiedergegebene Sachverhalt zutreffend dargestellt worden sein, stellen sich etliche Fragen zum Finanzgebaren bei WestSpiel, das als Unternehmen im alleinigen Landeseigentum immer auch den Steuerzahler tangiert. Fraglich ist, aus welchen Gründen eine Unternehmensleitung offenbar seit fünf Jahren auf die Inanspruchnahme jeder Arbeitsleistung eines Beschäftigten verzichtet, der offenbar weit über dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen liegend entlohnt wird. Fraglich ist auch, warum Dienstwagengestellungen inklusive Übernahme von Spritkosten für reine Privatfahrten normaler Beschäftigter finanziell übernommen werden, die von ihrer Tätigkeit freigestellt sind. Sollten all diese Vorgaben vom Arbeitsgericht gemacht worden sein, würde dies wiederum ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise der Vertragsgestaltung bei WestSpiel werfen. Im Ergebnis entstehen diesem Unternehmen hohe Aufwendungen dafür, dass im Gegenzug keine Arbeitsleistung erbracht wird.

Angesichts der nun bereits seit Jahren aufgetretenen Verluste bei WestSpiel und der noch für etliche Jahre vom Finanzminister fortgesetzt erwarteten Schieflage ist das bei WestSpiel offenbar vorliegende Finanzgebaren nicht länger akzeptabel und bedarf einer eingehenden Prüfung und Erörterung.

Der landeseigene Glücksspielanbieter WestSpiel macht bereits seit Jahren im operativen Geschäft beträchtliche Verluste. Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans sieht mindestens auch für die restlichen Jahre dieses Jahrzehnts nach eigenen Angaben keine Perspektive, wieder ein verlustfreies Betriebsergebnis zu erreichen.

Die Bruttospielerträge sind seit dem Jahr 2010 von einst 89,7 Mio. Euro auf zuletzt 72,9 Mio. gesunken. Die eigentlich vorgesehenen Planansätze haben allerdings die Zielsetzung von 106,7 Mio. bzw. 78,2 Mio. Euro vorgesehen, die deutlich verfehlt worden sind. Es ist für alle vier Standorte in Nordrhein-Westfalen der Regelfall, dass die Planvorgaben nicht erreicht werden.

Infolge des Umsatzrückgangs ist ebenfalls die Spielbankenabgabe, mit deren Hilfe anteilig wohltätige Organisationen finanziert werden, kontinuierlich zurückgegangen: von 39,9 Mio. auf zuletzt 28,0 Mio. Euro. Der Planungsansatz für 2010 hat damals noch 63,9 Mio. Euro vorgesehen. Aufgrund der anhaltend negativen geschäftlichen Entwicklung hat der Finanzminister inzwischen sogar die Abgabensätze der Spielbanken abgesenkt, um seine Staatscasinos nicht zu überfordern. Als am stabilsten galt bislang der Standort Duisburg mit dessen Schwerpunkt Automatenspiel, doch auch dort hat sich allein zwischen 2012 und 2014 die Spielbankenabgabe von 26,6 Mio. auf 12,7 Mio. mehr als halbiert.

Der Finanzminister sollte als Eigentümer von WestSpiel als Unternehmensbeteiligung seiner allein im Landeseigentum befindlichen NRW.BANK die Öffentlichkeit transparent informieren,

wie er den vorliegenden Sachverhalt bewertet und welche Schritte von Eigentümerseite nun endlich unternommen werden, um die inakzeptablen Zustände im Unternehmen WestSpiel abzustellen.

Für das Parlament sind nicht die Handlungen einzelner Arbeitnehmer, sondern strukturelle Fragen von Interesse. Daher wird auf Namensangaben vollständig verzichtet.

Nachfolgende Fragen zielen unabhängig von denkbaren rechtlichen Unterschieden zwischen einzelnen Standorten oder Unternehmensbereichen jeweils auf das gesamte Unternehmen WestSpiel.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Falls die Landesregierung den zuvor kursiv wiedergegebenen Sachverhalt nach den für sie als Eigentümer zugänglichen Informationen aus dem Unternehmen für unzutreffend hält: Welche ggf. abweichenden Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu der aus ihrer Sicht dann korrekturbedürftigen Darstellung zu den jeweiligen Einzelaspekten vor?
2. Wie lautet jeweils jährlich für die letzten fünf Jahre bei den Einigungsstellenverfahren bzw. Arbeitsgerichtsprozessen von WestSpiel die prozentuale Erfolgsquote, bitte unter Angabe der absoluten Verfahrenszahl? (aussagekräftige vollständige statistische Übersicht erbeten)
3. Wie hat sich bei WestSpiel jeweils jährlich in den letzten fünf Jahren die Anzahl der Fälle von Dienstwagengestellungen, bitte unter Nennung der einschlägigen Kriterien für eine Dienstwagenberechtigung, entwickelt? (Angabe für sämtliche gekaufte und geleaste Fahrzeuge erbeten, die personalisiert bereitgestellt bzw. deren Kosten erstattet werden)
4. Welche Kosten für Abfindungen und bezahlte Freistellungen von Arbeitnehmern hat es bei WestSpiel, bitte unter Angabe der korrespondierenden Fallzahlen, in den letzten fünf Jahren jeweils jährlich gegeben?
5. Wie bewertet der Finanzminister den Umstand, dass bei WestSpiel eine hochbezahlte Fachkraft, für die arbeitsrechtlich ein Vergütungsanspruch besteht, in diesem großen Unternehmen seit fünf Jahren gar keine sinnvolle Aufgabe übertragen bekommt und daher auch nirgendwo im Dienstplan auftaucht? (personalwirtschaftliche und finanzielle Bewertung dieses Umstandes erbeten)

Ralf Witzel